

Klare Absage an die MultiKulti-Extremisten der etablierten Parteien!

Fortsetzung des Artikels »BIA für Minarettverbot!«

Sollte es in Nürnberg derartige Vorhaben konkret geben, wird die Bürgerinitiative Ausländerstopp ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid nach Art. 18a der Bayerischen Gemeindeordnung anstreben, um solche Bauwerke zu verhindern. Als Beispiel dient hier der diesbezügliche Bürgerentscheid in der Schweiz, dessen Ergebnis von der BIA ausdrücklich begrüßt wird. In der Schweiz gibt es wenigstens noch eine richtige Demokratie, wo das Volk bei wichtigen Entscheidungen gefragt wird! Selbstverständlich achtet die BIA das Grundrecht auf freie Religionsausübung. Dafür ist jedoch nicht die Errichtung von Bauwerken notwendig, die das Stadtbild islamisch beeinflussen und zur Machtdemonstration genutzt werden. Diesbezüglichen Bestrebungen muß konsequent politisch entgegengetreten werden.

Nur die BIA steht im Nürnberger Stadtrat entschieden gegen Überfremdung und Islamisierung!

Ehemals leitender Oberstaatsanwalt Roman Reusch: Araber „kriminell aktivste Gruppe“

Wenn man sich nicht völlig weltfremd und realitätsentrückt durch unsere Städte bewegt, fällt es einem auch ohne hochtrabende Forschungsergebnisse wie Schuppen von den Augen, daß die Integration kulturfremder Ausländer hierzulande gescheitert ist. Jahr für Jahr werden weitere Moscheen und islamische Kulturzentren aus dem Boden gestampft, immer ohne die umliegende deutsche Restbevölkerung um Erlaubnis zu bitten.

Fast wöchentlich darf man in der Presse von einem neuerlichen Gewaltakt Jugendlicher „mit Migrationshintergrund“ lesen. Die Täter hätten eine andere Mentalität, da müsse man ein Auge zudrücken, wird Kritikern der Überfremdungspolitik dann von Multikulti-Propheten und Gutmenschen entgegengeschmettert. Muß man wirklich?

Eine Studie der Meinungsforschungsinstitute Info GmbH und Liljeberg Research International hat nun ergeben, daß

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

StR Ralf Ollert, Stadtratsgruppe Bürgerinitiative Ausländerstopp, Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg, E.i.S.

ein überwiegender Teil der hier lebenden Jungtürken seine Heimat weiterhin in der Türkei sieht, sich mit dieser kulturell verbunden fühlt und türkische Werte auch künftig nicht gegen deutsche einzutauschen gedenkt. Laut „Welt Online“ kommt die Studie zu dem Ergebnis, daß eine Assimilation der hier lebenden Türken und türkischstämmigen Einwanderer auch in der nächsten Generation nicht zu erwarten sei. Diese Ergebnisse bestätigen Überfremdungskritiker. Nach deren Ansicht wird der Versuch der Integration oder gar der Assimilation kulturfremder und nichteuropäischer Ausländer immer zu Entwurzelung und Identitätsverlust führen und werde daher von den Fremden schlichtweg abgelehnt. In der Studie „Migration und Kriminalität - Rechtstatsächliche und kriminologische Aspekte und Lösungsansätze für eine erfolgreiche Integration“ des damaligen Leitenden Oberstaatsanwalts in Berlin, Roman Reusch, ist nachzulesen: „Ausgerechnet bei der kriminell aktivsten Gruppe, nämlich den Arabern, ist auch der Einbürgerungsanteil mit 44% am höchsten. Zum Vergleich liegt er bei den Türken bei knapp 35%. Insgesamt haben knapp 80% aller eingetragenen Intensivtäter einen Migrationshintergrund.“

Ein Beleg und ein Argument dafür, die unsägliche und sinnlose Integrationspolitik zu beenden und eine Politik umzusetzen, die sich an den tatsächlichen Problemen und Bedürfnissen des deutschen Volkes orientiert.

www.auslaenderstopp.de

Für unser Volk!



Ralf Ollert
Stadtrat



Sebastian Schmaus
Stadtrat

**Sozial
geht nur
national**

BÜRGERINITIATIVE AUSLÄNDERSTOPP NÜRNBERG

**... die deutsche Kraft im
Stadtrat von Nürnberg**



**"Interkultureller
Garten" -**

NEIN DANKE!

Multi-Kulti-Gärten als Stadtentwicklung???

In ihrem "Multi-Kulti-Wahn" will die Stadtverwaltung Nürnberg, mit OB Maly an der Spitze, den bereits unter der Zuwanderung leidenden Stadtteil Langwasser jetzt auch noch mit einem "interkulturellen Garten" beglücken. An der Ecke Glogauer-/Breslauer Straße sollen von der vorhandenen Grünfläche rund 1050 Quadratmeter dafür geopfert werden. Nutzer der etwa 25 entstehenden Kleingärten sollen Zuwanderer aus sechs Nationen werden. Die Kosten liegen bei etwa 70 000 Euro. Ziel der Gärten ist "neue Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungsräume für Migranten" zu schaffen.

Für ihre verfehlte Integrationspolitik ist der Stadt Nürnberg, die sonst um jeden Cent verlegen ist und uns Bürger mit immer höheren Gebühren und Abgaben traktiert, kein Euro zu teuer, kein Aufwand zu groß. Auch gegen jede Vernunft und gegen den Willen der Mehrheit der einheimischen Bürger!

"Von derartigen Projekten würden auch Anlieger, Nachbarn und Spaziergänger profitieren", schreibt OB Maly, laut NN vom 7.4.10. Das Gegenteil dürfte der Fall sein: Weniger Grün, mehr Lärm, mehr Dreck, mehr Verkehr und weniger Parkplätze für die Anwohner! Insbesondere auch die Parkplatzfrage ist hier ganz wesentlich. Während jeder Bauherr Stellplätze nachweisen muss, sind diese hier nicht vorgesehen. Es ist doch völlig unglaublich, dass die Nutzer und Besucher der Gärten, wie die Stadtverwaltung meint, alle mit den öffentlichen Verkehrsmitteln kommen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Zerstörung des vorhandenen Grünzuges in diesem Bereich, vor allem der Hundenauslaufzone, die wohl ersatzlos wegfallen wird. Wenn man mit recht die Hundebesitzer auf die Anleimpflicht für Hunde und die Möglichkeit des Freilaufes in den Hundenauslaufzonen hinweist, so darf man diese wenigen Möglichkeiten nicht zerstören.

Einzig und allein die beiden Stadträte der Wählergruppe "Bürgerinitiative Ausländerstopp" haben im Stadtrat gegen die Einrichtung dieses "interkulturellen Garten" gestimmt. Wir fordern OB Maly und die Stadtratsfraktionen noch einmal auf, dieses Projekt zu stoppen! Wir fragen: Wo bleibt die vielbeschworene Demokratie? Während z.B. in der Schweiz wirklich noch das Volk entscheiden kann, machen "unsere" Politiker was sie wollen und kümmern sich nicht um die Meinung ihrer Bürger.

Hier kann die Forderung nur sein:

Stopp des Projektes "Interkultureller Garten" und somit Anerkennung der Ablehnung durch die Mehrheit der einheimischen betroffenen Bürger!

Das wäre demokratisch!

Kurzmeldungen: CSU will Zuwanderer gleichsetzen

München: Der Integrationsbeauftragte der Staatsregierung, Martin Neumeyer (CSU), wirbt dafür, Migranten im Freistaat als Teil der bayerischen Identität zu begreifen. Schließlich prägten Zuwanderer Bayern heute genauso mit, wie die alteingesessenen Stämme der Bayern, Franken, Schwaben und Sudetendeutschen. (AZ 8.2.10)

Beifall für Imam-Ausbildung an Unis

Berlin: Die geplante Ausbildung islamischer Religionslehrer um Imame an deutschen Unis stößt auf breite Zustimmung. Parteien, Gewerkschaften, katholische

Kirche und muslimische Verbände unterstützen einen am Montag präsentierten Vertrag des Wissenschaftsrates. Dieser sei „ein richtiges Zeichen für die Integration der vier Millionen Muslime“ in Deutschland“, sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Prof. Dr. Maria Böhmer (CDU). (AZ 2.2.10). Kurz darauf forderte sie die Einführung einer 20%-igen Ausländerquote im öffentlichen Dienst, was den Geist der derzeit machthabenden Politikerkaste offenbart und zugleich jedes Grundrechtsverständnis des deutschen Volkes mit Füßen tritt.

BIA für Minarettverbot!

Die Stadtratsgruppe der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) warnt OB Maly und die Stadtverwaltung, geplante Bauvorhaben für Moscheen mit Minaretten aus Angst vor Bürgerprotesten geheimzuhalten. Die BIA wird hier entsprechend wachsam sein.



Hintergrund sind Pressemeldungen, nach denen inoffiziell bereits einige islamische Gemeinden beim Oberbürgermeister wegen der Genehmigung des Neubaus von Moscheen mit Minaretten „vorgefühl“ haben.

Die BIA hat deshalb bereits im Dezember eine Anfrage in den Stadtrat eingebracht, die in den Stadtplanungsaußschuß überwiesen und bis jetzt nicht beantwortet wurde.

Minarett der Süleymaniye-Moschee © joakant/pixello